

**Johannes Rauch**  
Bundesminister

Herrn  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Präsident des Nationalrates  
Parlament  
1017 Wien

Geschäftszahl: 2022-0.697.766

Wien, 21.10.2022

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage Nr. 12054/J der Abgeordneten Cornelia Ecker, Genossinnen und Genossen betreffend Gesetzesentwurf der EU Kommission für verbindliche Pestizidreduktionsziele** wie folgt:

**Fragen 1 bis 3 und 5:**

- *Wie stellen Sie konkret sicher, dass die Expertise aus Ihrem Ministerium bei der Bearbeitung des Gesetzesentwurfs, zu dessen primären Zielen der Schutz der Gesundheit und der Umwelt zählen, ausreichend berücksichtigt wird?*
- *Wird es eine interministerielle Abstimmung geben und falls ja, welche prozeduralen Abläufe sind vorgesehen um sicherzustellen, dass die Position, die Österreich in den Ratsarbeitsgruppenmeetings vertreten wird, auch die Position Ihres Ministeriums reflektiert und dessen Expertise berücksichtigt?*
- *Werden Sie sich als Gesundheitsminister dafür einsetzen, dass Österreichs Beitrag im Rat zu einer Stärkung der primären Zielsetzung des Kommissionsentwurfs, nämlich der „Verringerung der Risiken und Auswirkungen des Einsatzes von Pestiziden auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt“, beitragen wird und wenn ja, in welcher Weise?*

- *Falls das BMSGPK in den Ratsarbeitsgruppen nicht vertreten sein wird: In welcher Form wird der Informationsfluss über die Ergebnisse der Ratsarbeitsgruppensitzungen an Ihr Ministerium von statten gehen?*

Sowohl die Richtlinie 2009/128/EG über einen Aktionsrahmen der Gemeinschaft für die nachhaltige Verwendung von Pestiziden sowie deren derzeitige Umarbeitung in einen Verordnungsrang und die rechtlichen Regelungen zu Pflanzenschutzmittelwirkstoffen und deren Produkte liegen im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft (BML).

Das Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK) begrüßt die im Rahmen des Green Deal angeführten Ziele und damit auch die geplanten Reduktionsziele beim Pestizideinsatz.

Die Abstimmungen bezüglich der österreichischen Position im Rat folgen den regulären Abstimmungsprozessen zwischen den Ministerien, in dessen Rahmen mitbetroffene Ressorts von den federführenden Ressorts mit Informationen beteiligt werden.

**Frage 4:**

- *Wer wird Österreich in den Ratsarbeitsgruppen vertreten - werden das ausschließlich Vertreter: innen des Landwirtschaftsministeriums sein, oder werden Sie auch Expert: innen aus Ihrem Ministerium in die Arbeitsgruppen entsenden?*

Die AGRIFISH-Ratsarbeitsgruppen werden von Österreich durch Vertreter:innen des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft (BML) wahrgenommen.

**Frage 6:**

- *Das deutsche Umweltbundesamt, der europäische Dachverband der Biologischen Landwirtschaft und zahlreiche Umweltorganisationen haben den Indikator, mit dem laut Kommissionsvorschlag der Fortschritt zum Erreichen der Pestizidreduktionsziele gemessen werden soll, als ungeeignet kritisiert: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass dieser Indikator verbessert wird?*

Ja, im Rahmen der oben beschriebenen interministeriellen Abstimmung setzt sich das BMSGPK dafür ein, dass der Indikator verbessert wird.

**Frage 7:**

- *Was sind vor dem Hintergrund der schwelenden Biodiversitätskrise und des fortschreitenden Klimawandels Ihre Erwartungen an die F2F im Allgemeinen und den Gesetzesvorschlag der EU-Kommission zur SUR im Besonderen?*

Seitens des BMSGPK sind die Erwartungen an die Farm to Fork-Strategie und die SUR zurecht hoch, bedeuten sie doch nicht weniger als einen grundlegenden Schwenk in der Landwirtschaftspolitik hin zur Erhöhung des Schutzes der menschlichen Gesundheit, mehr Nachhaltigkeit, Artenvielfalt und Klimaschutz sowie – im Falle der F2F – einer erstmals gesamthaften Betrachtung des gesamten Ernährungssystems.

Die aktuellen Umstände wie der Krieg gegen die Ukraine und die Teuerung stellen uns alle vor große Herausforderungen, sind aber auch Zeichen, wie wichtig eine krisenresiliente Landwirtschaft und Ernährungssystem ist. Die Umsetzung der F2F ist eine richtungsweisende Initiative, die die Landwirtschaftspolitik der EU grundlegend verändern und das Ernährungssystem der EU gesundheitsfördernder, ökologischer und resilienter gestalten wird.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Rauch

